



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 253-2023
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.343

Eingereicht am: 05.12.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Ritter (Burgdorf, GLP) (Sprecher/in)
Baumann (Münsingen, EDU)
Jeanneret (St-Imier, FDP)
Streiff (Oberwangen b. Bern, EVP)
Bichsel (Merligen, Die Mitte)
Marti (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Standbericht zu Integration, Inklusion und Heterogenität an der Volksschule des Kantons Bern

Dem Regierungsrat wird der Prüfungsauftrag erteilt, dem Grossen Rat einen umfassenden Standbericht zum Ist-Zustand und zum Handlungsbedarf bei den komplexen Integration, Inklusion und Heterogenität an der Volksschule des Kantons Bern vorzulegen. Als Ausgangsbasis des Berichts kann der Leitfaden «Integration und besondere Massnahmen in der Volksschule des Kantons Bern» dienen. Der Bericht soll sich auf die Erfassung des Ist-Zustands und auf allfälligen politischen Handlungsbedarf konzentrieren. Im Einzelnen müssen mindestens folgende Teilbereiche untersucht werden:

1. Stand der Umsetzung der «Massnahmen zur besonderen Förderung» und Zustand des Spezialunterrichts
2. Einschätzung der Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit von «besonderen Klassen»
3. Abschätzung des ungedeckten Ressourcenbedarfs in den Bereichen Co-Teaching, Heilpädagogik sowie weiterführende Abklärungen und Massnahmen im Zusammenhang mit der Thematik des Vorstosses
4. Stand der Integration der stark steigenden Zahl fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler
5. Analyse der Abläufe der Diagnostik und Zuweisung insbesondere bei Lernstörungen, dissozialem Verhalten und Sonderbeschulung
6. Probleme der Gemeinden oder im Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden im Umgang mit dem gesamten Komplex
7. Wertung der gegenwärtigen Kompetenzen der Eltern (Einverständnis oder Anhörung je nach Art des Entscheids) und Wertung der gegenwärtigen Kompetenzteilung zwischen Schulleitungen und Schulinspektorat

Begründung:

Die Themen Integration, Inklusion und Heterogenität der Schülerschaft an der Volksschule des Kantons Bern sind neben dem Lehrkräftemangel die grösste Sorge im bernischen Bildungswesen. Statt einer voreiligen Revision von Artikel 17 des Volksschulgesetzes, über deren Inhalt kaum ein Konsens besteht, wird vorgeschlagen, den Themenkomplex im Rahmen eines umfassenden Berichts darzustellen, wobei sowohl der Ist-Zustand erfasst wie auch der politische Handlungsbedarf abgesteckt werden sollen. Die Aufzählung der zu untersuchenden Aspekte ist weder vollständig noch priorisiert, bezieht sich aber grob auf den aufgeführten Leitfaden (soweit ersichtlich letztmals 2019 aktualisiert). Insgesamt ist der Themenkomplex gerade längerfristig möglicherweise das noch grössere Problem als der Lehrkräftemangel; zugleich erscheinen unkoordinierte punktuelle Eingriffe in das komplexe System wenig sinnvoll. Stattdessen macht der Vorstoss beliebt, einen Standbericht zum Fragenkomplex zu erstellen, der dann Grundlage für weitere Schritte ist.

Verteiler

- Grosser Rat